

Dickes: SPD endlich für Lernmittelausleihe

Die Abgeordnete kritisiert aber, dass Sozialdemokraten Vorschlag der CDU als eigene Idee ausgeben

KREIS BAD KREUZNACH/ MAINZ. Der Oeffentliche Anzeiger lädt die Landtagsabgeordneten des Nahe-Wahlkreises ein, ihren Wählerinnen und Wählern regelmäßig in einem "Brief aus Mainz" Einblick in den politischen Alltag zu gewähren. Heute schreibt Bettina Dickes (CDU) aus Waldböckelheim:

"Oppositionsbänke sind hart. Nur selten kann man eigene Ideen auch umsetzen. Zu oft stimmt die Mehrheitsfraktion automatisch dagegen. Als ich jedoch am vergangenen Donnerstag die Zeitung aufschlug, habe ich mich sehr gefreut. Seit Monaten setze ich mich für eine Lernmittelausleihe in unserem Land ein, um Familien zu entlasten. Bis jetzt sind wir das einzige Bundesland, in dem Eltern die Bücher selber kaufen müssen. Erfreulicherweise plädiert nun auch die Landesregierung für unser Modell, und das sehe ich als großen Erfolg. Unverständlich ist jedoch, dass die SPD unseren Vorschlag zwar praktisch komplett übernimmt, aber diesen als eigene Idee verkauft und unseren - identischen - Vorschlag als nicht realisierbar ablehnt. Es ist kein Zeichen des politischen Umgangs miteinander, sinnvolle Initiativen abzulehnen, nur weil sie von der Opposition kommen. Fernab dessen freue ich mich aber ganz persönlich, dass durch unsere Hartnäckigkeit jetzt tatsächlich das in die Tat umgesetzt wird, was mir am Herzen liegt.

Bei einem anderen Thema sind wir leider noch nicht so weit. Am Rande des Plenums haben uns vergangene Woche Elternvertreter 14 000 Unterschriften für kleinere Klassen übergeben. Wir haben das Anliegen mit einem Antrag aufgegriffen, die Klassenmesszahl an unseren Grundschulen schrittweise auf maximal 20 Kinder pro Klasse zu reduzieren. Denn gerade zu Beginn des Schulbesuches brauchen Kinder besonders viel Zeit, damit auf ihre individuellen Stärken und Schwächen besser eingegangen werden kann. Bildungsgerechtigkeit beginnt nicht erst mit der Wahl der weiterführenden Schule, sondern setzt viel früher ein!

Leider wurde unser Antrag nicht nur abgelehnt, auch jede weiterführende Diskussion im Ausschuss verweigert. Die anwesende Elterninitiative musste erleben, dass sie in ihrem Anliegen absolut nicht ernst genommen wurde. Damit bremst man dauerhaft jedes Engagement von Eltern aus und lässt Politikverdrossenheit entstehen, wenn 14 000 Eltern offensichtlich gar nicht ernst genommen werden. Wir werden das Thema nichtsdestotrotz weiter verfolgen - in der Hoffnung, dass die Landesregierung irgendwann die gleiche Einsicht zeigt wie bei der Lernmittelausleihe."

Oeffentlicher Anzeiger vom Mittwoch, 14. Oktober 2009, Seite 14.